Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5260**

17. Wahlperiode 24. 03. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle
– Drucksachen 17/1289, 17/1485 Nr. 1.3 –

Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2010 bis 2013

A. Problem

Das Deutsche-Welle-Gesetz verpflichtet die gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts für den Auslandsrundfunk, jeweils für den Zeitraum von vier Jahren eine Aufgabenplanung zu erstellen. Vor diesem Hintergrund hat die Rundfunkanstalt einen Bericht über ihre Planung vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie die Deutsche Welle (DW) als mediales Instrument zur Positionierung Deutschlands angesichts veränderter Rahmenbedingungen auf den internationalen Medienmärkten agiert, inwiefern sie eine Neuausrichtung ihrer Angebote für erforderlich hält und wie sie in den verschiedenen Regionen der Welt sowie bei Multiplikatoren wahrgenommen werden will.

B. Lösung

Annahme einer Entschließung, in der die strukturelle Neuausrichtung der Deutschen Welle angesichts wachsender internationaler Konkurrenz, veränderten Nutzerverhaltens und knapper finanzieller Mittel unterstützt wird. Begrüßt wird daher, dass die Deutsche Welle ihre Präsenz auf Kernregionen konzentriert und vor allem Multiplikatoren und Informationssuchende anspricht. Der Ausbau der Multiplattformstrategie wird ebenso begrüßt wie die Verschlankung redaktioneller Strukturen. Von der Bundesregierung wird unter anderem gefordert, die Deutsche Welle bei ihrer Neuorientierung zu unterstützen und die Kontinuität der Finanzierung langfristig zu gewährleisten. Die Deutsche Welle soll zudem als wichtiges Instrument der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern begriffen und daher verstärkt bei den Mitteln der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) berücksichtigt, die DW-AKADEMIE soll möglichst ausgebaut werden. Mit den Ländern soll die Bundesregierung verhandeln, um Fortschritte für die Nutzung öffentlich-rechtlicher Programme durch die Deutsche Welle zu erreichen.

Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Die Deutsche Welle finanziert sich aus einem jährlichen Zuschuss und aus Zuwendungen des Bundes sowie sonstigen Einnahmen. Für die Aufgabenplanung sind gemäß Deutsche-Welle-Gesetz die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung und die Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers maßgeblich.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksache 17/1289 folgende Entschließung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der vorliegenden Aufgabenplanung für den Zeitraum von 2010 bis 2013 beschreibt die Deutsche Welle (DW) in „eigener Verantwortung unter Nutzung aller für ihren Auftrag wichtigen Informationen und Einschätzungen, insbesondere vorhandenen außenpolitischen Sachverstand“ (§ 4a Abs. 1 Deutsche-Welle-Gesetz) ihre Programmziele, Schwerpunktvorhaben und deren Gewichtung, aber auch Herausforderungen und den notwendigen Anpassungsbedarf für den betreffenden Zeitraum. Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag nehmen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens (§ 4b Abs. 3 DWG) zu dieser Aufgabenplanung Stellung. Die Entscheidung über die Aufgabenplanung geschieht letztlich in eigener Verantwortung der DW und ihrer rundfunkrechtlichen Unabhängigkeit gemäß Art. 5 Grundgesetz.

Die Deutsche Welle hat sich seit dem Sendestart 1953 als mediales Schaufenster der Bundesrepublik Deutschland bewährt und findet weltweit Aufmerksamkeit und hohe Anerkennung.

Sie verfügt derzeit über einen Bundeszuschuss von 273 Millionen Euro jährlich; hinzu kommen Projektmittel von rund 10 Millionen Euro. Sie beschäftigt insgesamt rund 1 500 festangestellte und 1 500 freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auf ihren unterschiedlichen Übertragungswegen erreicht sie wöchentlich durchschnittlich 86 Millionen Menschen weltweit.

Deutschland steht mit der Deutschen Welle im Wettbewerb um die weltöffentliche Meinung, der sich stetig verschärft. Immer mehr Nationen präsentieren sich außerhalb des eigenen Kulturkreises, vermitteln ihre politische Sicht des Weltgeschehens anderen Völkern und verstärken dementsprechend ihre Aktivitäten im internationalen Kommunikationsbereich. Im globalen Wettbewerb um Köpfe, Märkte und Werte setzen Regierungen weltweit vor allem auf Fernsehen und Internet. Wer heute sein Land, seine Wirtschaft, seine Kultur oder seine Ideen darstellen will, wählt in erster Linie elektronische Medien. Das zeigt auch die derzeitige Entwicklung im arabischen Raum.

1992 waren BBC World und CNN im Fernsehbereich die einzigen weltweiten Wettbewerber. Heute sieht sich die Deutsche Welle 24 mehrsprachigen Auslandsfernsehsendern gegenüber. Die medialen Wettbewerber kommen dabei nicht mehr nur aus Europa und Nordamerika, sondern auch aus Russland, dem arabischen Raum und China. Die Deutsche Welle muss sich im Wettbewerb um die weltöffentliche Meinung inzwischen auch gegenüber Russia Today, Al Jazeera, dem iranischen Auslandsrundfunk (z. B. Press TV), den chinesischen Sendern CCTV und CNC sowie weiteren Sendern[1] behaupten – Sendern, die mitunter ganz andere Werte vertreten und Interessen verfolgen. Dabei nimmt nicht nur die Anzahl der Auslandssender weltweit zu, sondern die Investitionen in Auslandsprogramme gerade der neuen Anbieter übertreffen bei Weitem den Rahmen, der mit dem Bundeshaushalt der Deutschen Welle zur Verfügung gestellt wird.

---

[1] Voice of America (USA), Al Hurra TV (USA), France 24 (Frankreich), TV 5 (Frankreich), RAI Med (Italien), BVN TV (Niederlande), TVE (Spanien), Nile TV International (Ägypten), Al Alam (Iran), iFilm (Iran), Al Arabiya (Saudi Arabien), QNA – Katar News Agency (Katar), South African Broadcasting Corporation (Südafrika), NHK World (Japan), Arirang TV (Südkorea), TV Brasil (Brasilien), Telesur (Lateinamerika)

Dabei sind die Zahlen im Einzelnen nur schwer zu vergleichen, da die Auslandsprogramme unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen agieren. Beispielsweise kann „BBC World Service“ auf die nationale Infrastruktur der BBC („BBC Domestic“) zurückgreifen und verfügt über knapp 293 Millionen Euro. Radio France International kann mit 132 Millionen Euro, das Broadcasting Board of Governors (Voice of America, Radio Free Europe, TV Marti, Radio Free Asia, Radio Sawa und Al Hurra) mit 570 Millionen Euro wirtschaften. Der chinesische Auslandsrundfunk wiederum soll mehrere Milliarden Dollar für die nächsten Jahre zur Verfügung gestellt bekommen haben.

Der Auslandssender muss sich aber nicht nur auf die Zunahme der internationalen Konkurrenzsituation, sondern auch auf ein verändertes mediales Nutzerverhalten einstellen. Der Trend zu verstärkter Internetnutzung ist in fast allen Ländern der Erde zu registrieren. Der Evaluationsbericht 2010 der Deutschen Welle bescheinigt ihrem Internetauftritt DW-WORLD.DE gute Wachstumswerte (Drucksache 17/1290, Seite 10). Der Evaluationsbericht ergab außerdem, dass Radio in den meisten Regionen mittlerweile über UKW und nicht mehr über Kurz- oder Mittelwelle gehört wird.

Aufgrund der technologischen Entwicklung, nicht zuletzt der Digitalisierung, ist heute eine Fülle deutschsprachiger Fernseh- und Radiosender in Europa und weltweit zu empfangen. Allein in Europa werden über Satellit mehr als 300 TV- und über 100 Radiosender verbreitet. Hinzu kommen die zahlreichen internetbasierten Verbreitungswege, deren Nutzung immer mehr steigt. Somit steht in Europa und angrenzenden Regionen ein sehr ähnliches Programmangebot an deutschen und deutschsprachigen Sendern zur Verfügung wie in Deutschland. Eine Reduzierung der DW-Radioangebote in Ostmittel- und Südosteuropa scheint in diesem Licht vertretbar, zumal es bei der fremdsprachigen Berichterstattung im Onlinebereich bleibt und weiterhin aus deutscher Sicht über Europa berichtet wird.

Der mediale und technologische Wandel legt eine strukturelle Zusammenlegung der Sparten Fernsehen, Radio und Online nahe. Angesichts der zunehmenden Konvergenz der verschiedenen elektronischen Medienformen ist es nicht mehr nötig, dass es für das Fernsehen, das Radio und das Internet jeweils z. B. eine eigene Politik-, Wirtschafts-, und Kulturredaktion gibt. Wichtiger ist, dass die regionale und inhaltliche Sachkompetenz der Deutsche-Welle-Journalisten gebündelt wird, um länderspezifische Angebote zu produzieren. In Zukunft müssen sie deshalb verstärkt in der Lage sein, auch bi- oder trimedial zu arbeiten. Die Multiplattformstrategie bietet hierfür richtige Ansätze.

Trotz dieser einschneidenden Veränderungen der Mediennutzung bleibt die Aufgabenstellung der Deutschen Welle gleich: Gemäß dem DWG soll der Sender die Medienpräsenz Deutschlands im Ausland sicherstellen, die Positionen und Werte Deutschlands als europäisch gewachsener Kulturnation vermitteln und demokratische Entwicklungen, einen rechtsstaatlichen Staatsaufbau in der Welt sowie die deutsche Sprache und Kultur fördern. Zusätzlich soll sie einen wesentlichen Beitrag zur Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Nationen leisten. Um der gleich bleibenden Kernfunktion der Deutschen Welle unter den Bedingungen einschneidend veränderter Mediennutzung gerecht zu werden, ist eine strukturelle Neuorientierung unabdingbar. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Intendanz und Direktion der Deutschen Welle selbst eine Reform der Angebots- und Verbreitungsstrategie als „dringlich geboten“ bezeichnet und eigene Vorschläge entwickelt haben.

Dieser Veränderungsprozess kann nur zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Welle gelingen. Die festangestellten und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten täglich hervorragende Arbeit und unterstützen die bereits seit einigen Jahren vollzogenen Anpassungen. Nur gemein-

sam mit ihnen kann der notwendige Wandel vollzogen und der Reformprozess sozial verträglich gestaltet werden.

Die öffentlich-rechtlichen und privaten Sender aus Deutschland sind via Satellit und Internet auch für Deutsche im Ausland zu empfangen. Die Zielgruppe der Deutschen Welle sind deshalb vorrangig ausländische Multiplikatoren und „Informationssuchende“.

Die Deutsche Welle bezeichnet „Informationssuchende“ als „Menschen, die sich für vielfältige Sichtweisen interessieren und sich durch eine hohe Nutzung von medialen Informationen auszeichnen. Dazu gehören auch Entscheidungsträger und Menschen, die einen hohen Einfluss auf die öffentliche Meinung eines Landes haben oder zukünftig haben werden, sowie Menschen, die sich in autoritären Staaten aktiv für Demokratie, Freiheitsrechte und Fortschritt einsetzen und so die Zivilgesellschaft stärken. (…) Generell ist davon auszugehen, dass die Zielgruppe in der Regel kein Deutsch spricht und der Bezug zu Deutschland hergestellt oder intensiviert werden muss.“ (Drucksache 17/1289, Seite 10).

Die Kernkompetenzen der Deutschen Welle umfassen unabhängige und verlässliche Informations- und Bildungsangebote, Hintergrundberichterstattung, Kultur und die Förderung der deutschen Sprache. Die stärkere Konzentration auf die inhaltlichen Stärken der Deutschen Welle ist auch vor dem Hintergrund der zukünftigen finanziellen Rahmenbedingungen geboten.

Unter den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind Etatsteigerungen, die aufgrund steigender Personalkosten notwendig wären, um den Status quo zu wahren, schwer zu realisieren. Die in der Verfassung verankerten Vorgaben zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes können auch für die Deutsche Welle nicht ohne Folgen bleiben. Gleichwohl hält der Deutsche Bundestag eine nennenswerte Reduzierung des Bundeszuschusses an die Deutsche Welle nicht für angemessen. Gemeinsam mit der Bundesregierung hat der Deutsche Bundestag dafür zu sorgen, dass auf der Grundlage von § 45 Abs. 3 DWG mittelfristig eine Kontinuität in der Finanzierung des Senders gelingt.

Die absehbare Entwicklung des Bundeszuschusses, steigende Kosten und die technologische Entwicklung legen eine stärkere Konzentration auf Kernmärkte nahe. Für die Definition von Kernregionen bietet der Evaluationsbericht der Deutschen Welle eine wertvolle Grundlage. Er dokumentiert, wo mit welchen Übertragungswegen welche Zielgruppen erreicht werden. Besonders in Russland, ausgewählten Regionen Asiens, Afrika, den arabischen Staaten und Lateinamerika sollte Deutschland mit seiner medialen Visitenkarte umfassend präsent sein. Hier sollte eine verstärkte Regionalisierung das Ziel sein. Wünschenswert wäre eine tägliche Nachrichtensendung für alle Kernregionen, die nicht nur in den jeweiligen Sprachen ausgestrahlt wird, sondern auch inhaltlich auf die regionalen Interessen zugeschnitten ist. Dieses Ziel zu verwirklichen ist allerdings mit hohen Kosten verbunden.

Die in der Aufgabenplanung beschriebene sogenannte Multiplattformstrategie orientiert sich an den technologischen Veränderungen und der Neuausrichtung der Deutschen Welle bezüglich der Zielgruppen, ihrer Inhalte und der Schwerpunktregionen. Damit kann die Deutsche Welle ihre Angebote zielgenau und konsequent an die jeweilige Region und deren Besonderheiten anpassen. Ein Verzicht auf eine Radioausstrahlung in bestimmten Regionen der Welt bedeutet allerdings nicht die Einstellung bestimmter Fremdsprachenangebote. Online wird die Deutsche Welle auch weiterhin in 30 Sprachen Hintergrundberichterstattung leisten. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Deutsche Welle auf jedem Kontinent mit mindestens einem Medium präsent sein wird.

Aufgrund begrenzter finanzieller Mittel gilt es, weitere Programmressourcen zu erschließen. Dafür bietet sich eine erhebliche Verstärkung der Kooperation der Deutschen Welle mit den Landesrundfunkanstalten der ARD, dem ZDF und

Deutschlandradio an. Geeignetes Programmvermögen findet sich gerade auch in den Dritten Programmen der ARD. Darüber hinaus sollte eine Prüfung stattfinden, wie die Nutzungsrechte für dieses Programmvermögen so gestaltet werden können, damit eine weltweite und zeitlich unbeschränkte Verbreitung durch die Deutsche Welle ermöglicht wird. Es bedeutet einen erheblichen Unterschied, ob bei den Vertragsabschlüssen über Auftragsproduktionen von den Landesrundfunkanstalten eine spätere weltweite Verbreitung durch die DW von vornherein berücksichtigt wird. Ziel sollte die Übernahme vielfältiger Programmangebote zur lizenzkostenfreien Nutzung sein.

Schon bislang gibt es eine überwiegend gute Zusammenarbeit mit den anderen öffentlich-rechtlichen Anstalten. Derzeit zahlt die Deutsche Welle an die Landesrundfunkanstalten der ARD und an das ZDF jährlich pauschal 1,35 Millionen Euro. Dafür hat sie Zugriff auf Bildmaterial der Nachrichtensendungen und auf ganze Sendungen, sofern die Landesrundfunkanstalten bzw. das ZDF über die Rechte verfügen und keine eigenen internationalen Vermarktungsinteressen haben. Diese Übernahmen im Fernsehbereich sollten ausgeweitet werden mit dem Ziel, bis Ende 2011 ein rein deutsches Programm zu bilden, das überwiegend aus Programmvermögen von ARD und ZDF besteht, und zwar sowohl aus weiteren nonfiktionalen als auch fiktionalen Stoffen, um das Programm noch vielfältiger und attraktiver zu gestalten. Außerdem zahlt die Deutsche Welle für ihre Beteiligung an den ARD/ZDF-Gemeinschaftseinrichtungen rund 4,6 Millionen Euro.

Der Deutsche Bundestag ist sich dessen bewusst, dass nicht alle Programminhalte von ARD, ZDF und Deutschlandradio für die Deutsche Welle geeignet sind. Der Auslandsauftrag der Deutschen Welle unterscheidet sich thematisch und funktionell vom Grundversorgungsauftrag, vor allem durch den erhöhten Erklärbedarf für das ausländische Publikum und das möglicherweise geringere Interesse an rein innenpolitisch orientierten Debatten. Der Auslandssender hat außen- und entwicklungspolitische sowie bilaterale Themen in stärkerem Maße zu berücksichtigen. Hinzu kommt, dass die Deutsche Welle einen Teil der Auslandsrechte für übernommene Sendungen erst selbst erwerben müsste.

Neben der Übernahme von Programmvermögen hält der Deutsche Bundestag es für denkbar und wünschenswert, dass die Deutsche Welle auch häufiger auf das vorhandene Korrespondentennetz von ARD und ZDF unbürokratisch zurückgreifen und weitere redaktionelle Hilfen im Ausland in Anspruch nehmen kann. Für entsprechende vertragliche, für die Deutsche Welle kostenneutrale Lösungen wird der Deutsche Bundestag sich einsetzen.

Zum gesetzlichen Auftrag der Deutschen Welle gehört insbesondere die Förderung der deutschen Sprache. Die deutsche Sprache ist ein prägendes Element der deutschen Identität und Kultur. Da sich Englisch als internationale Verkehrssprache immer mehr durchsetzt, ist es von besonderer Bedeutung, Deutsch auch als international gesprochene und genutzte Sprache zu unterstützen. Dazu bekennt sich der Deutsche Bundestag unverändert. Die Förderung der deutschen Sprache soll zukünftig über TV-, Online- und Audioangebote gleichermaßen erfolgen. Die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit mit Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut e. V. oder den deutschen Auslandsschulen dient diesem Ziel und wird ausdrücklich unterstützt.

Ebenso trägt die Deutsche Welle zur Vermittlung der touristischen Attraktivität Deutschlands im Ausland bei. Wünschenswert wäre daher eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Tourismusinstitutionen im Bund und in den Ländern.

Die Deutsche Welle hat sich neben ihrem Informations- und Repräsentationsanspruch als mutige Stimme für Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besondere Verdienste erworben. Zwei Drittel aller Menschen leben in Regionen der Welt, in denen die Rechte auf Presse-, Meinungs- und

Informationsfreiheit eingeschränkt werden. Daher hat diese Aufgabe der deutschen medialen Visitenkarte in der Welt unveränderte Gültigkeit.

Im Rahmen ihres Auftrages leistet die Deutsche Welle in vielen Entwicklungsländern einen wichtigen Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und Zusammenarbeit. Diesem Zweck dienen nicht nur ihre Programme, sondern auch die DW-Akademie. Besonders aus nichtdemokratischen Staaten und Entwicklungsländern bildet die Deutsche Welle fast 3 000 Journalisten jährlich aus und verfügt so weltweit über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Der Deutsche Bundestag hält es für richtig, Journalisten aus allen Regionen der Welt fortzubilden, um die Erfahrung einer freien, werte- und demokratieorientierten Berichterstattung zu fördern.

Der Deutsche Bundestag begrüßt im Einzelnen

- die strukturelle Neuausrichtung der Deutschen Welle und das Ziel einer stärkeren und zielgerichteteren Präsenz in den Kernregionen Afghanistan, Afrika, Nahost, Iran, China, Russland, Lateinamerika sowie ausgewählten Regionen Asiens;
- die Fokussierung auf Multiplikatoren und Informationssuchende als Adressaten des Programmangebots;
- die von der Deutschen Welle eingeleiteten Reformmaßnahmen, die zu schlankeren und effektiveren Strukturen, einer strafferen redaktionellen Koordination und der verbesserten Aufbereitung der Inhalte führen sollen;
- den Ausbau der Multiplattformstrategie jeweils angepasst an die Zielgruppe und mit Schwerpunkt auf die Übertragung bewegter Bilder sowie unter Erschließung populärer Übertragungswege wie Smartphones;
- die Anpassung der linearen Radioausstrahlung über Kurzwelle in Regionen, in denen anhaltend die Zielgruppe nicht erreicht wird;
- die konzeptionelle Neuausrichtung des Programms, die dem veränderten Mediennutzungsverhalten Rechnung trägt, da gerade das Internet Möglichkeiten für regionalisierte Hintergrundinformationen und Sprachangebote bietet.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

- die Deutsche Welle bei der strukturellen Neuorientierung nachdrücklich zu unterstützen, wie sie dies durch ihre Stellungnahme zur Unterrichtung durch die Deutsche Welle „Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2010 bis 2013“ bereits begonnen hat;
- das in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Kontinuität der Finanzierung der Deutschen Welle langfristig zu gewährleisten und in Abstimmung mit der Deutschen Welle eine mittelfristige Finanzplanung gemäß den Vorgaben des Deutsche-Welle-Gesetzes zu erarbeiten;
- die Deutsche Welle in Zukunft auch verstärkt als wichtiges Instrument der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zu begreifen und bei den ODA-Mitteln weiterhin und verstärkt zu berücksichtigen;
- die Arbeit der Deutsche Welle Akademie auszubauen;
- der Deutschen Welle die Einrichtung flexibler Strukturen für potenzielle Krisenregionen zu ermöglichen, um im Bedarfsfall die Präsenz des deutschen Auslandsrundfunks zu gewährleisten;
- mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder für eine Ausweitung der Kooperation der Deutschen Welle mit den Landesrundfunkanstalten der ARD, dem ZDF und Deutschlandradio zu sorgen und dabei die

Frage der Nutzungsrechte des Programmvermögens im Sinne einer weltweiten und zeitlich unbeschränkten Verbreitung durch die Deutsche Welle zu prüfen. Ziel sollte die Übernahme vielfältiger Programmangebote zur lizenzkostenfreien Nutzung sein.

Der Deutsche Bundestag fordert den Intendanten der Deutschen Welle auf, dem Bundestag regelmäßig über die Umstrukturierungsmaßnahmen im Sender zu berichten.“

Berlin, den 23. März 2011

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Grütters
Vorsitzende

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Ulla Schmidt (Aachen)
Berichterstatterin

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Kathrin Senger-Schäfer
Berichterstatterin

Tabea Rößner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Ulla Schmidt (Aachen), Burkhardt Müller-Sönksen, Kathrin Senger-Schäfer und Tabea Rößner

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Die Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf **Drucksache 17/1289** wurde gemäß § 80 Absatz 3 GO am 23. April 2010 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung überwiesen sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Deutsche Welle beschreibt in ihrem Bericht, wie sie ihr Fernseh-, Radio- und Internetangebot möglichst zielgruppengerecht und regional differenziert an den Nutzer oder die Nutzerin bringen will. Sie informiert über ihre strategischen Ziele angesichts veränderter Mediennutzungsgewohnheiten und weist darauf hin, dass sie ihre Leistungen wegen stetig steigender Kosten konzentrieren müsse.

In ihrer Aufgabenplanung 2010 bis 2013 äußert sich die Deutsche Welle im einzelnen zu den Sparten DW-TV, DW-WORLD.DE/DW-RADIO sowie zur DW-AKADEMIE. Die Deutsche Welle ist nach eigener Darstellung das wichtigste mediale Instrument für die Positionierung Deutschlands, sie leiste damit einen wichtigen Beitrag für die Reputation des Landes. Die Arbeit werde vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen auf den internationalen Medienmärkten erbracht. Deshalb sei auch in den kommenden Jahren eine deutliche Neuausrichtung des deutschen Auslandsrundfunks erforderlich.

Im verschärften internationalen Wettbewerb setzt die Deutsche Welle auf eine Multiplattformstrategie. Auf diese Weise sollen definierte Zielgruppen effektiv erreicht werden. Inhaltlich und sprachlich will sich die DW konsequent auf den jeweiligen Markt ausrichten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss**, der **Ausschuss für Tourismus und der Haushaltsausschuss** empfahlen in ihren Sitzungen am 16. März 2011 Kenntnisnahme der Unterrichtung. Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** empfahl in seiner Sitzung am 16. März 2011 Kenntnisnahme der Unterrichtung sowie Annahme einer Entschließung gemäß Ausschussdrucksache 17(22)56 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage in seinen Sitzungen am 26. Januar 2011 und am 16. März 2011 beraten. Ihm lagen dazu zusätzlich der Evaluationsbericht 2010 der Deutschen Welle (Drucksache 17/1290) sowie die Stellungnahme der Bundesregierung zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2010 bis 2013 (Drucksache 17/4521) vor. Am 16. März 2011 schloss der Ausschuss seine Beratungen ab und empfahl Kenntnisnahme der Vorlage und Annahme einer Entschließung gemäß Ausschussdrucksache 17(22)56 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Einen dazu eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Ausschussdrucksache 17(22)57 lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, die ausgearbeitete Entschließung sei ehrlich und setze sich sehr sachlich mit der Deutschen Welle auseinander. Es werde nicht geleugnet, dass die finanziellen Möglichkeiten der DW eng begrenzt seien, anders als in der Vergangenheit werde kein Wunschkatalog formuliert. Sowohl mit Blick auf die Übertragungswege als auch mit Blick auf die Zielgruppen und die Regionen würden Prioritäten aufgezeigt, die so eng gefasst seien, dass die DW innerhalb ihres finanziellen Rahmens damit arbeiten könne. Auch Nachrangigkeiten würden genannt. Die Schwerpunkte des DW-Angebots müssten künftig im Online-Bereich und beim Fernsehen liegen, nicht länger beim Hörfunk. Es dürfe nicht verkannt werden, dass Radioprogramme in vielen Regionen eine immer geringere Rolle spielten.

In Anbetracht veränderter Zielgruppen sei es richtig, den Onlineauftritt der Deutschen Welle vorrangig in englischer Sprache zu präsentieren. Auslandsdeutsche und Touristen hätten längst andere Möglichkeiten, sich zu informieren. Sie könnten auch im Ausland mittels neuer Übertragungswege deutsche Sender nutzen. Um jedoch Multiplikatoren mit besonderem Deutschland-Interesse in ihrer Heimatregion zu erreichen, sei diejenige Sprache zu wählen, die diese Zielgruppe am besten verstehe und das Programm mit regionalen Schwerpunkten auf diese Zielgruppe zuzuschneiden.

Die Strategie, Synergien zu erzielen, indem innerhalb der Deutschen Welle Redaktionen zusammengefasst würden, sei richtig, führte die Fraktion weiter aus. Für die Beschäftigten seien damit womöglich Härten verbunden, angesichts knapper Kassen sei es aber unumgänglich, zum Beispiel Online- und Radioangebote redaktionell zusammenzufassen.

Attraktiver und vielfältiger könnte nach Auffassung der Union das Programm der Deutschen Welle werden, wenn es gelinge, die Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auszubauen. Hilfreich könne hier auch sein, nicht nur ganze Sendungen oder Magazinbeiträge zu übernehmen, sondern gelegentlich auch auf das Korrespondentennetz der Sender zurückgreifen zu dürfen.

Die Förderung der deutschen Sprache bleibe auch künftig Aufgabe der Deutschen Welle, besonders zu würdigen sei die Arbeit der DW-AKADEMIE.

Auch die **Fraktion der SPD** bekannte sich zur Richtung der Reformbemühungen und würdige die gemeinsame Entschließung von vier Fraktionen als wichtiges Signal der Unterstützung für die Beschäftigten der Deutschen Welle, die einen schwierigen Reformprozess bewältigen müssten. Sich auf Übertragungswege zu konzentrieren sei angesichts der wachsenden Rolle des Internets richtig. Inhaltlich sei es sinnvoll, Hintergrundinformationen und die Aufbereitung von Nachrichten in den Vordergrund zu rücken.

Die Fraktion konstatierte, die Deutsche Welle müsse innerhalb eines engen finanziellen Korsetts einen Weg finden, sich einer veränderten Medienlandschaft anzupassen. Entscheidend werde es daher sein, die Beschäftigten des Auslandssenders mitzunehmen und sie für die Reformschritte zu gewinnen. Die SPD-Fraktion beanstandete, dass die Bundesregierung ihre Stellungnahme zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle erst mit Verspätung vorgelegt habe. Deshalb sei eine im Zusammenhang geführte Debatte über den Haushalt des Bundes und das Budget der Deutschen Welle nicht möglich gewesen. Die SPD-Fraktion verlasse sich nun auf die Zusage, die DW werde auch künftig angemessen ausgestattet. Beim Umbau der DW müssten jedenfalls sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten gesucht und betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. Die DW müsse auch in Zukunft eine starke Stimme im Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte darstellen können. Dass es gelungen sei, in der verabschiedeten Entschließung die Bedeutung der DW-Akademie zu würdigen und den weiteren Einsatz von ODA-Mitteln zu erwähnen, hob die Fraktion positiv hervor.

Die **Fraktion der FDP** gratulierte der Deutschen Welle zu ihrer erfolgreichen Arbeit, wertete die von vier Fraktionen gemeinsam formulierte Entschließung als starken Rückenwind für die Deutsche Welle und unterstrich ebenfalls, eine strukturelle Neuausrichtung der DW sei angesichts knapper Mittel unausweichlich. Es gehe um eine stärkere Konzentration auf Kernaufgaben und darum, zielgerichtet in den wichtigsten Regionen der Welt präsent zu bleiben. Entsprechend sei eine Reduzierung des landessprachlichen Angebots für bestimmte Regionen denkbar. Nur durch Fokussierung könne die DW ein umfassendes Bild Deutschlands als europäisch gewachsener Kulturnation, als freiheitlich-demokratisch verfasstem Rechtsstaat und als erfolgreichem Wirtschaftsstandort vermitteln.

Die von der Fraktion DIE LINKE. in ihrem Änderungsantrag (Ausschussdrucksache 17(22)57) zur Entschließung geäußerte Kritik sei unbegründet, die Staatsferne der Deutschen Welle sei nicht in Zweifel zu ziehen. Wenn die DW mit für die Außenpolitik wichtigen Ressorts der Bundesregierung im Hinblick auf den Informationsaustausch zusammenarbeite, sei dies durchaus nicht ehrenrührig. Am Beispiel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit lasse sich die günstige Wirkung derart wohlverstandener Kooperation mit Verweis auf die ODA-Mittel aufzeigen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** widersprach. Sie betonte zwar, die Deutsche Welle als unabhängige Stimme Deutschlands im Ausland zu unterstützen. Wenn die Bundesregierung von der Deutschen Welle jedoch fordere, außenpolitische Interessen zu berücksichtigen, sei dies mit journalistischer Unabhängigkeit nicht vereinbar. Das Deutsche-Welle-Gesetz, das die rechtliche Grundlage für die Arbeit des Senders bilde, sehe eine solche Koppelung zwischen Auslandssender und Regierungsstellen jedenfalls nicht vor. Im Gegenteil, der außenpolitische Austausch sei vorrangig mit Nichtregierungsorganisationen wie dem Goethe-Institut zu führen.

Die Fraktion kritisierte, hier werde ein Paradigmenwechsel vollzogen. Deshalb habe sie ihren Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 17(22)57 zum Text der zur Abstimmung gestellten Entschließung eingebracht. Demnach sei „die Deutsche Welle bei der strukturellen Neuorientierung nachdrücklich zu unterstützen, ihre Unabhängigkeit zu wahren und (seien) ihr insbesondere keine Vorschriften zur Zusammenarbeit mit Ministerien sowie zur Beachtung von außenpolitischen Interessen der Bundesregierung zu machen“.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** würdigte ebenfalls die Arbeit der Deutschen Welle und lobte ausdrücklich die dort geleistete Ausbildungsarbeit für den journalistischen Nachwuchs. Im Umstrukturierungsprozess sei es richtig, Synergien zu nutzen und sich auf bestimmte Regionen und inhaltliche Schwerpunkte zu konzentrieren. Dabei müsse eine ehrliche Debatte geführt und festgelegt werden, welche Aufgaben die Deutsche Welle prioritär zu erfüllen habe. Die Entschließung stärke dem Intendanten der Deutschen Welle bei seinen Reformbemühungen den Rücken und mache gleichzeitig deutlich, dass die Neuausrichtung nur gelingen könne, wenn die DW-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter in den laufenden Reformprozess eingebunden würden.

Berlin, den 23. März 2011

Reinhard Grindel Berichterstatter	**Ulla Schmidt (Aachen)** Berichterstatterin	**Burkhardt Müller-Sönksen** Berichterstatter
Kathrin Senger-Schäfer Berichterstatterin	**Tabea Rößner** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333